

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt

18/2011

– Persönliche Notizen –

Wachstumskräfte in Deutschland stärken / Persönliche Notizen

Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 6. November 2011

In der letzten Sitzungswoche (7.-11.11) im Bundestag stand für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Zeichen der Ergebnisse des Koalitionsausschusses und des bevorstehenden 24. Bundesparteitages der CDU Deutschlands vom 13. bis 15.11. in Leipzig. Die Ausgangslage: Deutschland ist ein Fels der Stabilität in Europa. Seine Wirtschaft ist stark. Der Zusammenhalt der Gesellschaft intakt. Es gibt die geringste Arbeitslosigkeit seit 20 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich auf dem geringsten Stand in ganz Europa. Besonders erfreulich ist, dass auch die Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig sinkt. Die Neuverschuldung wird von der christlich-liberalen Bundesregierung weiter zurückgeführt. Deutschland ist stärker aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise herausgekommen, als es hineingegangen ist. Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze sind so eng wie in kaum einem anderen Land von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängig. Die weltweiten Wachstumsaussichten haben sich in den letzten Monaten abgeschwächt. Ein Grund dafür ist die Staatsschuldenkrise in einigen Mitgliedstaaten des Euroraums. Deutschland kann es auf Dauer nur gut gehen, wenn es Europa gut geht. Dazu setzt die Bundesregierung auf der einen Seite die konsequente Haushaltskonsolidierung fort, um die Bedingungen der Schuldenbremse zu erfüllen. Dies hat für die christlich-liberale Koalition Priorität. Auf der anderen Seite wollen wir alles tun, um die Wachstumskräfte in Deutschland weiter zu stärken. Deshalb hat sich die Koalition auf folgende fünf Punkte verständigt: 1. Mehr Steuergerechtigkeit: In

zwei Schritten zum 01.01.2013 und zum 01.01.2014 werden die inflationsbedingten Steuermehreinnahmen im Volumen von insgesamt etwa sechs Mrd € an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben werden. Die Entlastungswirkung wird in 2013 rd. 2 Mrd € und in 2014 weitere rd. 4 Mrd € betragen. Auch in Zukunft werden bei verfassungsrechtlich gebotenen Anhebungen des Grundfreibetrags regelmäßig Veränderungen im Tarifverlauf vorgenommen werden. 2. Mehr Unterstützung für Menschen mit Demenz und Einführung einer Demographie-Komponente in der Pflege: Leistungen der Pflegeversicherung für Pflegebedürftige und deren Angehörige werden verbessert. Die Pflegeversicherung soll dafür 1,1 Mrd € mehr zur Verfügung gestellt bekommen. Hierzu wird der Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte zum 01.01.2013 angehoben. Daneben wird die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit zusätzlich zum heutigen System der kapitalgedeckten Altersvorsorge ebenfalls ab dem 01.01.2013 steuerlich gefördert. 3. Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter 3 Jahren: Familien, die sich entschließen, das staatliche Angebot eines Krippenplatzes nicht in Anspruch zu nehmen, sondern ihre Kinder zu Hause zu betreuen, sollen von Januar 2013 an 100 € monatlich für 2-jährige, von Januar 2014 an 150 € für 2- und 3-jährige Kinder erhalten. **Leider ist es nicht gelungen, dass diese Gelder in die Altersvorsorge der Mütter fließen. Dies bedauere ich, denn ich unterstütze hier die Position unserer Frauen Union.** 4. Stärkung des Arbeitsmarktes durch Einführung einer „blue card“: Damit ausländische Hoch-

qualifizierte leichter nach Deutschland kommen und hier zum Wohlstand und Wachstum beitragen, wird das geforderte Mindesteinkommen von 66.000 € auf 48.000 € im Jahr abgesenkt. 5. Solides Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland: Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum werden Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im kommenden Jahr einmalig um zusätzlich 1 Mrd € angehoben. Neben diesen Beschlüssen wird der Parteitag der CDU Deutschlands in Leipzig die Ausgestaltung einer Lohnuntergrenze entscheiden. Die Findung dieser Grenzen wird den Tarifpartnern überlassen bleiben.

Weniger Bürokratie für den Mittelstand

Der deutsche Mittelstand ist Rückgrat und Stabilitätsgarant der Deutschen Wirtschaft. Mit seiner Flexibilität und seinen Innovationen hat er großen Anteil daran, dass Deutschland stark aus der Krise gekommen ist und die Beschäftigung ein Rekordniveau erreicht hat. Die christlich-liberale Koalition will den Mittelstand weiter stärken, indem Vorschriften vereinfacht und Bürokratie-Kosten gesenkt werden. Aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Weniger Bürokratie für den Mittelstand – Den Erfolgskurs fortsetzen“ beschlossen. Noch vor fünf Jahren mussten die Unternehmen in Deutschland rund 50 Mrd € im Jahr für Bürokratie-Kosten aufwenden, inzwischen sparen sie jährlich deutlich über zehn Milliarden Euro ein. Die Unionsfraktion will auf diesem Weg weiter gehen und über die Informationspflichten hinaus den sogenannten Erfüllungsaufwand reduzieren, beispielsweise für die Aufbewahrung von Rechnungen und Belegen oder für zollrechtliche Nachweispflichten. Die Bundesregierung wird durch den Antrag aufgefordert, ihr Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ fortzuschreiben und zu intensivieren und dabei insbesondere die Schwerpunkte auf folgende Themen zu setzen: Steuervereinfachung, Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren bis zur Realisierung von Vorhaben, Frühwarnsystem für mittelstandsrelevante EU-Regulierungen und anwenderfreundliche elektronische Behördendienste. Zur federführenden Beratung wurde der Antrag an diesem Donnerstag in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

Effektive Regulierung der Finanzmärkte

Am letzten Freitag haben die Bundestagsabgeordneten abschließend über einen Antrag der Koalitionsfraktionen mit dem Ziel einer effektiven Regulierung der Finanzmärkte nach der Finanzkrise beraten. Der Antrag zieht zunächst eine positive Bilanz über die nach der Finanzmarktkrise bereits umgesetzten, zahlreichen Maßnahmen zur Reform der Finanzmärkte. Daneben wird aber die Bedeutung weiterer, noch laufender Regulierungsmaßnahmen hervorgehoben und die Umsetzung einzelner, noch notwendiger Initiativen angemahnt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Reform der Finanzmärkte mit unverminderter Kraft weiter zu verfolgen, insbesondere auch international, und im europäischen Rahmen Einigungen herbeizuführen. Hintergrund: Auf ihrem Gipfeltreffen in Cannes in der letzten Woche haben die Staats- und Regierungschefs beschlossen, global systemrelevante Finanzinstitute (G-SIFIs) stärker zu regulieren. Dazu wurde eine Liste von 29 G-SIFIs veröffentlicht, die jedes Jahr im November aktualisiert wird. Für diese Banken, die bislang als "too big to fail" gelten, sollen Restrukturierungsverfahren entwickelt werden, damit in Zukunft im Konkursfall nicht der Steuerzahler eintreten muss. Darüber hinaus müssen die Banken ihre Eigenkapitalquote erhöhen. Zu den betroffenen Finanzinstituten gehören aus Deutschland die Deutsche Bank und die Commerzbank. Überdies sollen die sogenannten Schattenbanken künftig überwacht werden. Dabei handelt es sich um Institutionen, die wie Banken handeln, aber nicht wie solche beaufsichtigt werden. Der Finanzstabilitätsrat, in dem die für Finanzstabilität zuständigen nationalen Behörden und internationalen Institutionen auf G20-Ebene zusammen kommen, soll bis Ende 2012 Methoden entwickeln, um riskante Spekulationsgeschäfte besser zu kontrollieren. Die G20 wollen außerdem den Derivatemarkt stärker kontrollieren und die Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen, den sogenannten Credit Default Swaps (CDS), prüfen, die teilweise zur Spekulation gegen Staaten genutzt werden. Die G20 beherzigen damit ihr Vorhaben, wonach kein Akteur, kein Handelsplatz und kein Finanzmarkt-Instrument ohne wirksame Aufsicht und Regulierung sein darf.

Gedenkort für Opfer der „T4-Aktion“

Der Antrag „Gedenkort für die Opfer der NS-`Euthanasie`-Morde“ fordert die Bundesregierung auf, zusammen mit dem Land Berlin einen Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

am historischen Ort der Tiergartenstraße 4 zu schaffen. Dort wurde die sogenannte „T4-Aktion“ beschlossen, bei deren Umsetzung mehr als 70.000 Psychiatriepatienten zur Zeit der NS-Herrschaft ermordet wurden. Das bisherige Denkmal soll „aufgewertet“ und dazu ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben werden. Bei der Planung und Umsetzung der Neugestaltung des Denkmals soll die vom Bund getragene Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und die Stiftung „Topographie des Terrors“ mit einbezogen werden.

Zitat:

"Die Bürger haben diese Entlastungen verdient"

(CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe nach Beratungen des Parteipräsidiums über die Ergebnisse des Koalitionsausschusses)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis

Seit dem 28. Oktober liegen neben einer normalen Sitzungswoche wieder viele spannende Wahlkristermine hinter mir, eine Auswahl:

Am 28.10. abends hielt ich einen sicherheitspolitischen Vortrag vor den Reservistenkameradschaften Giengen und Bachhagel. Anschließend ging es zur gemeinsamen 90-Jahrfeier des Sport- und Musikvereins Dischingen. Eine volle Halle und ein buntes Programm, ein sehr lebhafter Abend. Am Samstag hatten wir den 2. CDU-Kennlertreff in Heidenheim, zu dem etliche junge Leute gekommen sind, einige davon sind unserer Partei beigetreten.

Am Nachmittag habe ich mir von einem Adelmansfeldener Erfinder zwei Patente vorstellen lassen zur besseren Energieeinsparung. Am Abend ehrte ich mehrere Bundes- und Landesmeister bei der Schützenkameradschaft Herbrechtingen. Den Abend ließ ich bei dufter Blasmusik aus Tirol in der überfüllten Wellandhalle in Dewangen ausklingen. In der Folgewoche hatte ich einige Firmenbesuche und Arztgespräche, um mich über die aktuelle Wirtschaftslage und die Auswirkungen der Gesundheitsreform zu informieren. Zwei Tage habe ich in Berlin verbracht, um Post und Akten wegzuarbeiten.

Am 04. November abends hatte ich ein sehr gutes Bürgergespräch in Ellwangen zur Zukunft des Bundeswehr-Standorts Ellwangen. Im überfüllten Saal des Roten Ochsen herrschte im Gegensatz zur Medienberichterstattung der Vortage eine völlig sachliche Atmosphäre. Vielen Teilnehmern war bewusst, dass die Bundeswehr in Ellwangen nach Weggang der Brigade 2008 keine Zukunft mehr haben würde, leider. Der jetzt begonnene „Plan Z“ für Zukunft der Stadt Ellwangen hat Hand und Fuß. Das Sprachenzentrum, das überraschenderweise noch bleibt, wird die Kaserne noch für ein paar Jahre am Leben erhalten.

Der 05. November startete mit einem festen Einsatz für Stuttgart 21 auf dem Aalener Marktplatz. Anschließend ehrte ich auch als VdK-Mitglied gemeinsam mit unserem Landrat und dem Oberbürgermeister von Aalen Herrn Staiger für sein außergewöhnliches Engagement für den VdK. Das am selben Tag stattfindende Fußballspiel des VfR Aalen gegen Babelsberg verlief alles andere als erfreulich für uns. Am Abend nahm ich erstmals bei der Hubertusfeier der Kreisjägersvereinigung in Ellwangen teil. Eine Hypnoseschau sorgte für die nötige „Ansitzruhe“.

Bewegend und anrührend war die Verabschiedung der früheren Landtagsabgeordneten Ulla Haussmann aus der aktiven Politik, eine beeindruckende Feier mit vielen hundert Menschen im Aalener Landratsamt. Ich habe Ulla als Kollegin sehr geschätzt. Auch sie hat sich bis zum Schluss für den Erhalt des Standorts Ellwangen eingesetzt.

Nachmittags half ich in Herbrechtingen mit bei einem Stand für Stuttgart 21, hunderte Menschen sprachen uns an, der verkaufsoffenen Sonntag war gut gewählt und der sonnige Tag zog die Menschen an, viele gute Gespräche, wenige Kritiker von S21!

In dieser Woche hatte ich die Ehre, an der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Hans Weiler aus Söhnstetten teilzunehmen, eine hochverdiente Ehrung eines Menschen, der Außergewöhnliches für das Ehrenamt, die Blasmusik und Söhnstetten/Steinheim geleistet hat. Anschließend berichtete ich bei der Jahreshauptversammlung der CDU Hüttlingen ausführlich vom Bundesparteitag der CDU in Leipzig.

Am 16.11. hatten wir ein erstes Gespräch zur „Konversion“, also der Umwidmung militärischer in zivile Flächen in Ellwangen mit dem Oberbürgermeister und der Bundesagentur für Immobilienangelegenheiten (BImA).

Mit der CDU Unterrombach/Hofherrnweiler, also meinem eigenen Wohnortsverband, besuchte ich die Firma TELENOT, einer der Weltmarktführer von Sicherheitssystemen in der Hammermühle. Es ist schon bewegend, zu erleben, mit welchem Enthusiasmus sich mittelständische Unternehmer um ihre Leute und ihre Produkte kümmern. Dort, wie auch im Anschluss bei der Kolpingsfamilie Aalen hielt ich Vorträge über die Zukunft der EU und den €. Lebhaftige Diskussionen rundeten beide gut besuchten Veranstaltungen ab.

Gestern besuchte ich mit der Senioren Union Ostalb die Firma ZEISS VISION in Aalen, 1100 MitarbeiterInnen. Als „alter Brillenträger“ weiß ich „Kompetenz in Linsen“ sehr zu schätzen!

Abends hielt ich als stellvertretender Bezirksvorsitzender der CDU Nordwürttemberg einen sehr gut besuchten Vortrag zur aktuellen Sicherheitspolitik unsere Landes in Kupferzell-Eschenttal, wo CDU, CDA, Frauen Union, Senioren Union und Junge Union aus der Region Hohenlohe Klasse vertreten waren, spannende lange Diskussionen.

Heute nahm ich an einer regen Podiumsdiskussion zu Kinderrechten am Theodor-Heuß-Gymnasium in Aalen teil. Anschließend ging es mit meinem Kollegen Winfried Mack zu einer Pressekonferenz zu S21 und dann weiter zur Regionalverbandsversammlung.

2. Berlin

Die letzte Sitzungswoche verlief vergleichsweise unspektakulär, alle hatten mal wieder Zeit, ihre Arbeit zu machen. Sie begann zunächst mit einer Sitzung unseres CDU-Landesvorstands, wo wir über die weitere Strategie zu S21 berieten.

Als stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss nahm ich an Besprechungen zum Abschluss des Bundeshaushaltes 2012 an.

In meinen Ausschüssen Außen und Europa ging es vorrangig um die Euro-Rettung wie auch um den Balkan, insbesondere um mögliche Beitrittsverhandlungen der EU mit Montenegro und Serbien. Außerdem habe ich den albanischen Außenminister wieder getroffen und nahm an der Europa-Rede, dieses Mal mit Kommissionspräsidenten Barroso, teil, unspektakulär.

Von meiner Fraktion erhielt ich als Außenpolitiker den Auftrag, am 05. Dezember an der Afghanistan-Konferenz in Bonn teilzunehmen, zumal ich im Januar wieder nach Afghanistan reisen werde. Der militärische Rückzug aus AFG mit Kampftruppen bis 2014 wird jetzt rasch angepackt.

3. Sonstiges

Vergangenes Wochenende wurde ich zum Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr (VdRBw e.V.) gewählt. Damit vertritt ich mit meinem Team über 120.000 Reservistinnen und Reservisten der Bundeswehr in Politik und Gesellschaft. Unser Verband ist verantwortlich für alle 1,2 Mio Reservisten in Deutschland, die der Wehrüberwachung (bis zum 65. Lebensjahr) unterliegen. Eine ehrenvolle, sehr politische Aufgabe, die mir bundesweite Einblicke bietet. Die Delegierten wählten mich in **geheimer Wahl mit 98,7%** der Stimmen, das hat mich sehr bewegt!

Mein Ziel ist es, einen Beitrag zur umfassenden Organisation des Heimat- und Katastrophenschutzes in Deutschland zu leisten, um das Nebeneinander von THW, DRK, Malteser, Johanniter, Freiwilliger Feuerwehr und Reservisten besser zu verzahnen und kostenwirksamer zu organisieren – das betrifft auch unsere Heimat. Dazu habe ich im Verband ein Klasse Team von Haupt- und Ehrenamtlichen in ganz Deutschland.

S21

Gehen Sie übernächsten Sonntag, am 27.11.2011 zur Volksabstimmung über Stuttgart 21. Wenn Sie für eine wirtschaftlich vernünftige Zukunft unseres Bundeslandes und damit für S21 sind, stimmen Sie mit NEIN zum Ausstieg, mit NEIN zur Kündigung von S21. Werben Sie bitte für die Teilnahme an der Volksabstimmung unter Ihren Verwandten, Freunde, Nachbarn und am Arbeitsplatz.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

